



An den Grossen Rat

19.5594.02

PD/P195594

Basel, 1. April 2020

Regierungsratsbeschluss vom 31. März 2020

Budgetpostulat Ursula Metzger betreffend «PD, Kantons- und Stadtentwicklung (Koordinatorin/Koordinator für Religionsfragen)»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 22. Januar 2020 das nachstehende Budgetpostulat Ursula Metzger dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Erhöhung um Fr. 29'580

Begründung:

Die Koordination für Religionsfragen hat eine wichtige Funktion im Kanton inne. Es ist diejenige Stelle, die den Kontakt zu den verschiedensten Religionsgemeinschaften aktiv pflegen kann und somit auch einen Überblick hat, was in diesem Bereich in Basel abläuft.

Die Stelle war ursprünglich mit 50% dotiert. Nach dem Weggang von Lilo Roost wurde sie nur noch mit 40% besetzt.

Um mit den verschiedensten Religionsgemeinschaften in einem aktiven Dialog zu stehen, allfällige schwierige Entwicklungen einzelner Vereine zu bemerken und allenfalls intervenieren zu können, in Projekten und Arbeitsgruppen verschiedenster Departemente aktiv mitarbeiten zu können, braucht es aber mehr als 40 Stellenprozente.

Die Stelle der Koordination für Religionsfragen hat eine wichtige präventive Wirkung, die nicht zu unterschätzen ist. Sie ist unabdingbar, um ein friedliches Zusammenleben aller einer Religionsgemeinschaft angehörenden und aller keiner Religionsgemeinschaft angehörender Menschen in Basel zu erhalten.

Wir stellen daher den Antrag, die Stelle der Koordinatorin/des Koordinators für Religionsfragen im Jahr 2020 auf 60 Stellenprozente zu erhöhen.“

Wir berichten zu diesem Budgetpostulat wie folgt:

Die Koordinationsstelle für Religionsfragen hat als generellen Auftrag die Koordination des interreligiösen Dialogs und die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Religionsgemeinschaften. Hierzu gehören insbesondere die regelmässige Kontaktpflege mit verschiedenen Religionsgemeinschaften, die Leitung des Runden Tisches der Religionen beider Basel, die Mitarbeit in unterschiedlichen kantonalen und nationalen Arbeitsgruppen und interreligiösen Foren und Arbeitsgemeinschaften, die Vernetzung der Aktivitäten zwischen religiösen Institutionen, die Einbindung der Religionsgemeinschaften und der Bevölkerung in den interreligiösen Dialog und die Erstellung verbindlicher Handreichungen für den Umgang mit religiösen Fragen innerhalb der Verwaltung.

Deutlich zugenommen haben in den letzten Jahren Themen der Prävention, wie beispielsweise die Mitarbeit bei der Umsetzung religionsbezogener Problemstellungen in Schulen, im Gesundheitswesen und im Bestattungswesen sowie das Beobachten, Erkennen und Beraten bei Problemen im Zusammenwirken von Religionsgemeinschaften, Staat und Bevölkerung. Gerade auch

Fragen rund um die Vermeidung einer religiösen Radikalisierung und damit verbunden eines gewaltbereitem Extremismus müssen regelmässig beantwortet werden. Hierzu benötigt es neben einer hohen Fachkompetenz auch eine hohe Sensibilität für die Thematik und die handelnden Personen und Organisationen.

Zu den Aufgaben der Koordination für Religionsfragen gehört auch die Bearbeitung zahlreicher politischer Geschäfte und die Information und Beratung von Religionsgemeinschaften, Staat und Öffentlichkeit.

1. Aktuelle Situation

Die Aufgaben der Koordination für Religionsfragen sind vielfältig, zahlreich und erfordern eine hohe Fachkompetenz. Bei zahlreichen aktuellen Themen (Seelsorge in Spitälern, Asylunterkünften, Gefängnissen, religiös begründete Radikalisierung, kantonale Anerkennung von Religionsgemeinschaften, Wandel in der Bestattungskultur) sind Verwaltung und Öffentlichkeit auf eine unabhängige und neutrale Expertise dringend angewiesen. Um diese Expertise zu erlangen, braucht es eine sehr gute Kenntnis der Basler Religionslandschaft, einen sehr engen und vertrauensvollen Austausch mit den Religionsgemeinschaften und insbesondere auch den Runden Tisch der Religionen beider Basel als Gremium für eine offene und konstruktive Auseinandersetzung. Derzeit können diese Aufgaben mit dem aktuellen Pensum des Stelleninhabers erfüllt werden.

2. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, das Budgetpostulat Ursula Metzger betreffend «PD, Kantons- und Stadtentwicklung (Kordinatorin/Koordinator für Religionsfragen)» nicht zu erfüllen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin